

Substanzielles Protokoll 119. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 4. April 2012, 17.00 Uhr bis 19.03 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Bruno Amacker (SVP), Marlène Butz (SP), Alain Kessler (FDP), Michael Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2012/111 | * Weisung vom 21.03.2012:
Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015
und einmaliger Umzugsbeitrag | STP |
| 3. | 2012/112 | * Weisung vom 21.03.2012:
Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und
Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem
Recht, Änderung der Gemeindeordnung | VS |
| 4. | 2012/113 | * Weisung vom 21.03.2012:
Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011 | FV |
| 5. | 2012/96 | * Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
E Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg | VHB |
| 6. | 2012/97 | * Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
E Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/
Thurgauerstrasse | VHB |
| 7. | 2012/102 | * Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom
E 14.03.2012:
Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Lay-
outs der städtischen Drucksachen und Publikationen | STP |
| 8. | 2012/122 | * Motion der CVP-, SP- und Grüne-Fraktion sowie 3 Mitunter-
E zeichnenden vom 21.03.2012:
VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung
auf der Grundlage der Studienvariante «Platte» | VHB |

9. [2010/317](#) A/P Motion von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 14.07.2010: VS
Einführung von Betreuungsgutscheinen für Krippen- und Hort-
plätze, Änderung der Gemeindeordnung
10. [2011/500](#) A Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) VS
vom 21.12.2011:
Finanzielle Entlastung der Eltern, die ihre Kinder nicht ausser-
familiär in subventionierten Tagesstätten betreuen lassen
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

- 2533. 2012/135**
Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:
**Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/
Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots**

Marc Bourgeois (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Prostitutionsgewerbeverordnung kann jetzt in Kraft gesetzt werden. Dies eröffnet dem Stadtrat neue Möglichkeiten und Handlungsspielraum an der Zähringerstrasse. Dort ist die Lage heute schon so prekär, dass Private einen Sicherheitsdienst beauftragen mussten. Die Situation wird sich im Sommer erfahrungsgemäss noch verschlimmern. Es ist nötig und wichtig, im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner und des Gewerbes rasch Schranken zu setzen.

Der Rat wird über den Antrag am 11. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 2534. 2012/122**
Motion der CVP-, SP- und Grüne-Fraktion sowie 3 Mitunterzeichnenden vom
21.03.2012:
VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung auf der Grundlage
der Studienvariante «Platte»

Christoph Gut (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Wir wollen dem Stadtrat schnell antworten können, wie er bei der Erneuerung des Tramdepots am Escher-Wyss-Platz planen soll.

Der Rat wird über den Antrag am 11. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2535. 2012/123

**Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.03.2012:
Verzicht auf die finanzielle Unterstützung des Projekts «Art and the City»**

Mauro Tuena (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Projekt findet im kommenden Sommer statt. Es würde wenig Sinn machen, erst nach dem Projekt, und nachdem hohe Gelder gesprochen wurden, darüber zu reden.

Der Rat wird über den Antrag am 11. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2536. 2012/134

**Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 28.03.2012:
Realisierung von Gewerbenutzungen auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn**

Severin Pflüger (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das produzierende Gewerbe hat es immer schwieriger in unserer Stadt. Dringlichkeit drängt sich auf im Hinblick auf die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) und die vor Kurzem eingereichte Einzelinitiative aus dem Quartierverein Riesbach bezüglich Tiefenbrunnen.

Der Rat wird über den Antrag am 11. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2537. 2012/80

**Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 07.03.2012:
Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen**

Dr. Daniel Regli (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Der Stadtrat hat Entgegenkommen signalisiert, und es gab lediglich einen Textänderungsantrag von Seiten der AL.

Der Rat wird über den Antrag am 11. April 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2538. 2010/204

**Motion von Roberto Rodriguez (SP) und Christoph Gut (SP) vom 21.04.2010:
Umsetzung der Integrativen Schulung und Förderung**

Christoph Gut (SP) zieht die Motion zurück: Unser wesentliches Anliegen wurde gemäss dem Bericht des Stadtrats erfüllt. Über einfache Kennzahlen ist die Integrative Schulung offenbar nicht zu erreichen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2539. 2012/144

Erklärung der AL-Fraktion vom 04.04.2012:

Strassenbauprojekt Ersatz Nordbrücke: Stadtrat gelangt an den Bezirksrat

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. Richard Wolff (AL) folgende Fraktionserklärung:

Mit dem Kopf durch die Wand
Rot-grüner Stadtrat zieht rot-grünen Gemeinderat vor den Bezirksrat

Dass der Stadtrat von Zürich den Gemeinderat – erstmals, wie er betont – vor den Bezirksrat zieht, um seine Kompetenzen bestätigen zu lassen, ist bemerkenswert.

Dass der Stadtrat es als gebundene Ausgabe betrachtet, wenn er die Durchfahrt auf der Nordbrücke von zwei auf vier Spuren verbreitert, die Bushaltestelle auf die Brücke verlegt, und darum das Trottoir um rund 2 Meter verschmälert, ist auch speziell.

Dass der Stadtrat vier Monate – seit der Budgetdebatte – braucht, um sich zu dieser Entscheidung durchzuringen, die GemeinderätInnen aber lediglich ein paar Stunden vor der Medienkonferenz informiert, ist zumindest nicht nett.

Dass sich der Stadtrat nicht nur gegen den Gemeinderat, sondern auch gegen die PetitionärInnen und VolksvertreterInnen aus Wipkingen wendet, ist erstaunlich.

Dass der Stadtrat damit jegliches politisches Sensorium vermissen lässt, ist nur noch unverständlich.

Der Stadtrat beruft sich auf seine Kompetenz, gebundene Ausgaben in eigener Regie zu bestimmen. Dieses Recht will ihm auch niemand wegnehmen. Die Nordbrücke muss saniert werden, keine Frage und keine Widerrede. Gebundene Ausgaben sind aber an den Unterhalt und Erhalt der bestehenden Substanz gebunden. Darum heissen sie ja Gebundene Ausgaben. Im Fall der Nordbrücke geht es aber um eine Veränderung des Verkehrsregimes, eine Fahrbahnverbreiterung, zusätzliche Fahrspuren und eine neue Bushaltestelle. Das ist weit mehr als nötig, um den Erhalt der Brücke zu sichern.

Sowohl der Gemeinderat als auch die Quartierbevölkerung sind mehrheitlich gegen den Ausbau der Nordbrücke, was sie auch mehrheitlich bezeugt haben. Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht breitere Strassen, schmalere Trottoirs, schnellere und mehr Autos in der Stadt und die Missachtung der anständig, ordentlich und demokratisch vorgebrachten Anliegen. Sie will das auch nicht juristisch auskämpfen müssen.

Persönliche Erklärungen:

Niklaus Scherr (AL) hält eine persönliche Erklärung betreffend Information des Gemeinderats im Zusammenhang mit dem Antrag des Stadtrats an den Bezirksrat um Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. Dezember 2011 für das Projekt «Ersatz Nordbrücke».

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur unverhältnismässigen Berichterstattung der Medien an einem Beispiel ausserfamiliärer Kinderbetreuung.

G e s c h ä f t e

2540. 2012/111

Weisung vom 21.03.2012:

Kultur, Verein Kunsthalle Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015 und einmaliger Umzugsbeitrag

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 2. April 2012

2541. 2012/112

Weisung vom 21.03.2012:

Vormundschaftsbehörde, Neuorganisation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) gemäss übergeordnetem Recht, Änderung der Gemeindeordnung

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 2. April 2012

2542. 2012/113

Weisung vom 21.03.2012:

Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 2. April 2012

2543. 2012/96

Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:

Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2544. 2012/97

Dringliche Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:

Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/Thurgauerstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2545. 2012/102

Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 14.03.2012:

Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Layouts der städtischen Drucksachen und Publikationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2546. 2012/122

Motion der CVP-, SP- und Grüne-Fraktion sowie 3 Mitunterzeichnenden vom 21.03.2012:

VBZ-Areal Escher-Wyss, Realisierung einer Wohnüberbauung auf der Grundlage der Studienvariante «Platte»

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2547. 2012/145

**Erklärung der SP-Fraktion vom 04.04.2012:
Kinderbetreuung**

Namens der SP-Fraktion verliest Dr. Jean-Daniel Strub (SP) folgende Fraktionserklärung:

Dem Wohl der Kinder verpflichtet

Die SP-Fraktion freut sich, dass die heutige Themendebatte unserer Volksschule und der ausserfamiliären Kinderbetreuung gewidmet ist, denn diese sind ein zentraler Grundpfeiler für unser Zusammenleben. Wir dürfen aber nicht aus den Augen verlieren, dass wir heute in erster Linie Richtungsentscheide fällen und noch nicht über konkrete Vorlagen beraten. Für die SP-Fraktion ist klar: Diese Richtungsentscheide müssen dem Wohl unserer Kinder und ihrer Familien verpflichtet sein, sie müssen dazu beitragen, dass sich Bewährtes weiterentwickeln kann, ohne dass Erreichtes gefährdet wird, und sie müssen dem Kernanliegen der Chancengerechtigkeit dienen, für das die ersten Jahre des Lebens und die frühen Schuljahre so entscheidend sind.

Seit langem schon setzt sich die SP für Tagesschulen ein. Entsprechend schlagen wir mit unserer eigenen Motion einen angebotsorientierten Ausbau des Tagesschulangebots vor, unterstützen aber auch die Tagesschul-Motion der FDP. Dabei betonen wir: Beide Vorstösse sind dem gleichen Endziel verpflichtet, nämlich einer Volksschule in der Stadt Zürich, in welcher die Tagesschule das Regelmodell darstellt. Denn dieses Modell verbessert die Chancengerechtigkeit und entwickelt die Schule zeitgemäss weiter. Allerdings ist es für uns von eminenter Bedeutung, dass bei der Umsetzung die Qualität des schulischen Betreuungswesens gewährleistet bleibt. Deshalb machen wir eine entsprechende Ergänzung der FDP-Motion zur Bedingung für unsere Zustimmung.

Um Fragen der Qualität im Bereich der Kinderbetreuung geht es uns auch in unseren eigenen Vorstössen, die heute traktandiert sind. Der Ausbau der Betreuungsplätze muss innerhalb von Rahmenbedingungen erfolgen, die Gewähr bieten, dass Quantität nicht die Qualität verdrängt. Was heute breit diskutiert wird, hat die SP-Fraktion bereits vor zwei Jahren zum Thema gemacht und verbindlichere Leitlinien verlangt, an denen sich der Ausbau der Betreuungsplätze in der Stadt Zürich orientieren soll. Dabei erinnern wir daran, dass namentlich das Personal eine Schlüsselrolle spielt, wenn es darum geht, qualitative Vorstellungen im Betreuungsbereich Realität werden zu lassen. Den Arbeitsbedingungen des Personals im Hort- und im Krippenbereich muss daher von allen Akteurinnen und Akteuren Sorge getragen werden.

Nicht zuletzt aus Qualitätsüberlegungen lehnen wir die Einführung von Betreuungsgutscheinen zum jetzigen Zeitpunkt ab. Zürich kennt ein funktionierendes und von einem starken Angebotsausbau geprägtes Krippenwesen. Wir gestehen zu, dass auch dieses System noch optimiert werden kann, etwa hinsichtlich der Anreize, die es setzt, damit endlich für alle Anspruchsberechtigten ein subventionierter Platz zur Verfügung steht. Deshalb schlägt die SP-Fraktion vor, die Betreuungsgutschriften-Motion der EVP zum Anlass zu nehmen, um die bestehenden Anreize zu überprüfen. Dies im Sinne der stetigen Weiterentwicklung des bewährten Systems – damit dieses Resultate zeitigen kann, die dem für uns wichtigsten Anliegen im Bereich von Schule und Betreuung auch tatsächlich dienen: Dem Wohl und den Perspektiven unserer Kinder.

2548. 2012/146
Erklärung der SVP-Fraktion vom 04.04.2012:
Kinderbetreuung

Namens der SVP-Fraktion verliest Marina Garzotto (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Kinder nicht einfach weggeben

Wenn man alle Vorstösse, die zu diesem Thema eingereicht worden sind, liest und darüber nachdenkt, könnte man meinen, familienexterne Kinderbetreuung sei erstens lebenswichtig und zweitens in Zürich total im Argen. Beides stimmt nicht.

Schon vor zwei Wochen konnte man in der Quartierzeitung einen Artikel lesen, in dem eine junge Gemeinderätin ankündigte, am 4. April 2012, also heute, werde es von SVP Leuten, die in der klassischen Rollenteilung stecken geblieben seien, haarsträubende Voten geben. Das kann schon sein, es fragt sich nur, wessen Haare sich sträuben werden. Die Haare von vielen Kindern werden sich auf jeden Fall sträuben, wenn es wieder Voten gibt wie vor einiger Zeit hier drin gehört: „Sie können doch ihre Kinder nicht bestrafen, indem sie sie nicht in die Krippe und in den Hort geben!“ Oder wenn uns wieder einmal ein SP-Gemeinderat kund tut, er habe seinerzeit zuerst einen Krippenplatz gesucht und erst dann sein Kind gezeugt. Damit er und seine Frau sicher gewesen seien, dass sie das Kind nicht selber aufziehen müssten. Er sagte natürlich, damit er und seine Frau nicht ihre Arbeit aufgeben mussten.

Die oben erwähnte junge Gemeinderätin monierte in ihrem Zeitungsartikel, familienexterne Kinderbetreuung könnte verantwortlich sein für alle gesellschaftlichen Probleme mit denen wir uns zurzeit herumschlagen müssten. Wie Recht sie doch mit dieser Feststellung hat! Klar, sie hat es natürlich ironisch geschrieben, aber für die SVP geht dieser Satz in die richtige Richtung.

Und die Haare von SVP-Gemeinderäten werden sich sicher sträuben, wenn sie dann hören müssen, sie seien ewig gestrige, stecken gebliebene. Sind denn früher alle Kinder schlechter heraus gekommen als heute, weil sie mehrheitlich von ihren leiblichen Eltern gross gezogen worden sind und nicht in der Krippe? Und weil sie während der Schulzeit zu Hause Zmittag gegessen haben statt im Hort und weil sie ihre Freizeit mit ihren Müttern, Vätern und Geschwistern verbracht haben? Nicht alles von früher ist schlecht und nicht alles Neue ist gut. Aber auch das Umgekehrte gilt: nicht alles Alte ist gut und nicht alles Neue ist schlecht. Schütten wir also das Bad nicht samt den Kindern aus und einigen wir uns auf ein gut durchmisches Nebeneinander.

Es ist in Zürich plötzlich eine Hysterie ausgebrochen, die uns weismachen will, Kinder könnten sich nur richtig entwickeln, wenn sie von geschulten Krippen- und Hortleiterinnen betreut werden. Warum sollten das die Eltern nicht besser können? Die SVP glaubt diesem neuen Trend überhaupt nicht und ist der Ansicht, die leiblichen Eltern seien immer und für alles die beste Lösung für jedes Kind. In Zürich besteht nach Ansicht der SVP auch absolut kein Notstand in Bezug auf Anzahl oder Qualität der Krippen, Horte, Tagesschulen und Kitas. Im Gegenteil. Es gibt hier bald für 70 % aller Schüler Betreuungsplätze und es sollen nach Ansicht von gewissen Politikerinnen immer mehr werden.

Die SVP will sich auf jeden Fall nicht dafür einsetzen, dass es laufend noch mehr Krippen und Horte gibt und schon gar nicht, dass in Zürich allmählich ein Obligatorium für Tagesschulen eingeführt wird. Dagegen wird sich die SVP immer und immer wieder wehren.

2549. 2012/147
Erklärung der FDP-Fraktion vom 04.04.2012:
Kinderbetreuung

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Für zeitgemässe und zahlbare Schul- und Betreuungsstrukturen

Die Gesellschaft befindet sich in stetigem Wandel. Während vor knapp 140 Jahren bei der Einführung der obligatorischen Schule die Bauern demonstrierten, weil sie ihre Kinder nicht als Arbeitskräfte entbehren wollten, stellt heute niemand mehr die Schulpflicht in Frage. Während noch vor 100 Jahren der Matura- oder Hochschulabschluss hauptsächlich Männern vorbehalten war, ist es heute Tatsache, dass der Frauenanteil an Gymnasien und Hochschulen bei über 50 % liegt. Doch immer noch werden viele Hochschulabsolventinnen später gezwungen, nach der Familiengründung der Erwerbstätigkeit fernzubleiben, weil Erwerbstätigkeit und Familienarbeit nicht vereinbar sind. Das ist auch ein volkswirtschaftlicher Unsinn: Ein Hochschulstudium kostet die Steuerzahlenden schliesslich rund 120 000 Franken, ein Medizinstudium ein Mehrfaches davon.

Die FDP setzt sich ein für eine freiheitliche Lebensgestaltung mit der nötigen Eigenverantwortung und möglichst wenigen staatlichen Eingriffen und Subventionen. Deshalb fordert sie vor allem in der Stadt Zürich, die immer teurer werdenden und nicht mehr zeitgemässen Tagesstrukturen in der Schule den heutigen gesellschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. Es ist Realität, dass 50 % der Schülerinnen und Schüler nach der Schule fremdbetreut werden. 2020 rechnet man mit 70 %. Die FDP warnte schon 2005 bei der Volksabstimmung vor den hohen Kosten. Heute haben wir die Bestätigung. Hortleitende beklagen die engen Räumlichkeiten, das städtische Budget wächst im Betreuungsbereich ins Unermessliche. Mit dem Tagesschulmodell, das die FDP heute mit ihrer Motion vorschlägt, könnte ein Paradigmenwechsel erfolgen.

Bei verkürzten Mittagszeiten und früherem Schulschluss kann die bisherige Lektionenzahl eingehalten werden, und unter dem Strich müsste kein Kind länger in der Schule bleiben als bisher. Ab ca. 14 Uhr kann die Familie entscheiden, wie sie die Freizeit gestaltet. In den letzten Jahren hat sich die Hauptmahlzeit in den meisten Familien aus Arbeitszeit- und Arbeitsweggründen auf den Abend verlegt, der klassische Familienm Mittagstisch ist heute in den wenigsten Familien mehr möglich.

Der Paradigmenwechsel bringt viele Vorteile: Mit dem neuen Schulmodell könnten zahlreiche Elternteile problemlos ein regelmässiges 50 %-Stellenpensum annehmen und auf die ausserschulische Betreuung verzichten. Wer nach der Schule weiterhin ausserschulische Betreuung benötigt, kann von den entgeltlichen Angeboten Gebrauch machen. So wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und Betreuungskosten gespart. Wenn sich Frauen - und Männer - nicht mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen, können sie ihre finanzielle Eigenverantwortung besser wahrnehmen und mehr erwirtschaften. Dies kommt auch den Sozialversicherungen zugute und dient Allen.

Die FDP wird heute Abend auch Vorstösse anderer Parteien, die in die gleiche Richtung gehen, unterstützen. Hingegen wird sie Forderungen nach marginalen Änderungen und weiteren Evaluationsberichten ablehnen, da diese nicht zur Kostensenkung beitragen und nur Pflästerlipolitik am heutigen System wären.

Die FDP stellt sich den heutigen gesellschaftlichen Realitäten und vielfältigen Lebensformen, wehrt sich aber auch gegen die ständig wachsenden staatlichen Subventionen. Wir sind überzeugt, mit unserem Schul- und Betreuungsmodell einen Beitrag zu einer zeitgemässen und zahlbaren Gesellschafts- und Bildungspolitik zu leisten.

2550. 2012/148

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 04.04.2012: Kinderbetreuung

Namens der Grüne-Fraktion verliest Christina Hug (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Umfassende Kinderbetreuungsstrukturen kommen allen zugute

Selbstverständlich haben wir in Zürich im Jahr 2012 den Anspruch, Geschlechtergleichstellung und Chancengerechtigkeit für alle zu verwirklichen. Gute ausserfamiliäre Kinderbetreuung leistet dazu einen entscheidenden Beitrag und deshalb muss sich der Gemeinderat dazu bekennen – falls er fähig ist, ein bisschen langfristiger zu denken als bis zur nächsten Rechnung.

Genügend Betreuungsplätze ermöglichen es Müttern und Vätern einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen und sich nicht zwischen Kindern und Karriere entscheiden zu müssen. Mutter und Vater sein ist anspruchsvoll, vor allem in den ersten Lebensjahren, in denen das Fundament für die gesamte Lebens- und Lernzeit eines Menschen gelegt wird. Die Neurobiologie hat längst erkannt, dass die frühe Kindheit die grösste Lernfähigkeit des Menschen beinhaltet. Logischerweise wird ein kluger Staat die Eltern so unterstützen, dass die Kinder schon von Geburt an ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten optimal entfalten können.

Gute Krippen und Horte leisten dazu einen ebenso bedeutenden Bildungsbeitrag wie die Schulen: Hier können Kinder von klein auf Fähigkeiten üben, die mindestens so wichtig sind wie Mathematik oder Deutsch, etwa Verlässlichkeit, Hilfsbereitschaft, Selbstdisziplin und Sozialkompetenz. Davon profitieren alle Kinder, insbesondere aber jene aus sozial benachteiligten Familien. Gerade für solche ist es deshalb besonders wichtig, dass der Zugang zu qualitativ hochstehenden Betreuungsstätten möglichst niederschwellig und – damit kommen wir zum Punkt – gratis ist.

Die volkswirtschaftlichen Vorteile sind längst wissenschaftlich erwiesen, im Folgenden drei Beispiele dafür:

- Der Besuch einer Kinderkrippe führt zu grösseren Bildungschancen und erhöht das Lebenseinkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, die den Einfluss des Besuchs von Kinderkrippen auf die Bildungsbiographie und die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Effekte untersucht.
- Der Nobelpreisträger für Ökonomie, James J. Heckman von der University of Chicago, hat ausgerechnet, dass jeder Franken, der in die frühe Förderung von Kindern investiert wird, eine Rendite von bis zu 50 Prozent erwirtschaftet.

- Und schliesslich: Was bringt es, Frauen und Männer für teures Geld gut auszubilden, wenn das Kinderkriegen sie dann davon abhält, ihre Fähigkeiten in der Arbeitswelt einzubringen?

Kurzum: Von umfassenden Kinderbetreuungsstrukturen profitiert die ganze Gesellschaft – und zwar nachhaltig. Deshalb wird die GRÜNE Fraktion heute nicht nur all jenen Vorstössen zustimmen, die den Ausbau der Betreuungsstrukturen voranbringen, sondern noch einen Schritt weitergehen: indem wir eine Motion einreichen, die zum Ziel hat, die ausserfamiliäre Kinderbetreuung in Zürich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

2551. 2012/149

Erklärung der GLP-Fraktion vom 04.04.2012: Kinderbetreuung

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Für eine moderne, urbane Kinderbetreuung

Die GLP-Fraktion begrüsst den geplanten Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten in der Stadt Zürich. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Realität der Familien in unserer Stadt tief greifend verändert: Die Vielfalt der Lebensformen hat zugenommen, ebenso die Qualifikationsanforderungen an unsere Kinder und Jugendlichen; über 50% der Schulanfängerinnen und Schulanfänger sprechen Deutsch als Zweitsprache. Zugenommen haben auch die Mobilität der Familien, die Berufstätigkeit von Müttern und das Familienengagement der Väter.

Für die GLP-Fraktion ist deshalb klar, dass im Bereich der Kinderbetreuung ein Umdenken stattfinden und man sich neuen Ideen – jenseits der bekannten ideologischen Trampelpfade – öffnen muss: Von einem System im Stil der 1950-er Jahre mit einer strikten Trennung von Familie als Erziehungs- sowie Schule als Bildungsinstanz und Betreuung als Beaufsichtigung für die zeitlichen Lücken dazwischen müssen wir uns verabschieden. Schule und Betreuung gehören zusammen, müssen sich ergänzen; alle Beteiligten, inklusive der Eltern, müssen eng zusammen arbeiten. Am besten gelingt dies in den Tagesschulen. So profitieren erwiesenermassen auch die Kinder und Jugendlichen am meisten.

Damit diese Neuorientierung gelingen kann, stehen aus Sicht der Grünliberalen drei Handlungsfelder im Zentrum: Das Angebot an Betreuungsplätzen muss für alle gesellschaftlichen Gruppierungen auf unkomplizierte Art und Weise zugänglich sein, der Einsatz der Steuergelder muss effizient und weitsichtig erfolgen, die Betreuung von Kindern ausserhalb von Familie und Schule muss als integraler Bestandteil von Bildung und Erziehung verstanden und organisiert werden.

1. Unkomplizierter Zugang zum Betreuungsangebot: Die Grünliberalen wollen, dass alle Eltern, die Anrecht auf einen subventionierten Betreuungsplatz haben, diesen auch erhalten.
2. Effizienter und weitsichtiger Einsatz der finanziellen Mittel: Die GLP-Fraktion weiss, dass dieser Ausbau nicht ohne finanzielle Mittel zu realisieren ist. Damit die Investitionen nicht ins Unermessliche steigen, müssen insbesondere die Bau-, Raum- und Ausstattungsstandards flexibilisiert und vereinfacht werden, handelt es sich hier doch um einen der grössten Kostentreiber. Auch in anderen Bereichen werden sich die Grünliberalen einer kritischen Überprüfung von Reglementen nicht verschliessen.
3. Bildung und Betreuung statt Bürokratie und Berichte: Sehr kritisch sieht die GLP das ausufernde Berichts-, Evaluations- und Zertifizierungswesen. Wir sind überzeugt, dass erstens die wesentlichen Erkenntnisse schon lange vorliegen und umgesetzt werden, zweitens die Betreuerinnen und Betreuer vor Ort nicht bevormundet werden sollen und drittens dadurch höchstens eine Scheinsicherheit erreicht wird, die Bürokratie nicht aber Kindern und Jugendlichen fördert. Durchwegs positiv bewertet die GLP-Fraktion die Tagesschule, die Bildung und Betreuung aus einer Hand und unter einem Dach anbietet. Wir sind überzeugt, dass das Modell Tagesschule für Kinder und Jugendliche den grössten Nutzen bringt und erst noch kosteneffizient ist. Neben einem einheitlichen Tagesablauf sowie konstanten Ansprechpersonen und Gruppen erreichen die Tagesschülerinnen und Tagesschüler auch stets überdurchschnittliche Werte bezüglich Sozialkompetenz und schulischen Leistungen.

Vor diesem Hintergrund werden die Grünliberalen heute Abend die Motion zur Einführung von Betreuungsgutscheinen ebenso unterstützen wie sämtliche Vorstösse, die eine Flexibilisierung von planerischen, baulichen und anderen Vorschriften beinhalten. Unsere Zustimmung werden auch alle Vorstösse finden, die mehr Ressourcen für den Frontbereich der Kinderbetreuung anstreben – insbesondere der Ausbau von Tagesschulen in all ihren Erscheinungsformen liegt uns dabei sehr am Herzen. Zusätzliche Massnahmen im sonderpädagogischen Bereich sowie alle Begehren nach weiteren Berichten und Untersuchungen – und somit mehr Bürokratie – lehnen wir ab.

2552. 2012/150

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 04.04.2012:
Kinderbetreuung**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Der eingeschlagene Weg ist richtig – wir sind aber noch nicht am Ziel

Die CVP begrüsst die heutige Debatte zum Thema Kinderbetreuung. Der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung ist nicht nur gesetzlicher Auftrag sondern aufgrund des gesellschaftlichen Wandels der Lebens- und Familienformen eine Notwendigkeit. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen erleichtert es den Familien und vor allem den Frauen, die nach wie vor die Hauptlast bei der Kindererziehung tragen, Berufsarbeit und Familienpflichten zu vereinbaren. Dadurch wird die Gleichstellung von Frau und Mann gefördert und die Lebensqualität von Familien erhöht. Betreuungsplätze sind insbesondere wichtig für Familien mit tiefem Einkommen, die in Armut geraten können, wenn nicht beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen. Auch stellt der Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben nach einer Ausbildung eine Verschwendung von Ressourcen dar und führt zu einem Mangel an qualifiziertem Personal. Eine gut ausgebaute familienergänzende Kinderbetreuung leistet ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Standortqualität und zur Prosperität der Stadt Zürich. Den unmittelbaren Mehrkosten, die sich aus einem bedarfsgerechten Ausbau des Betreuungsangebots ergeben, steht ein vielfach grösserer volkswirtschaftlicher und sozialer Nutzen gegenüber.

Die Stadt Zürich hat in den letzten Jahren das Angebot an Betreuungsplätzen nahezu verdoppelt – das ist eine grosse Leistung und verdient unsere Anerkennung. Dabei kommen verschiedene bedarfsgerechte und pragmatische Lösungen zum Einsatz. Dieser Weg muss konsequent weiterverfolgt werden. Eine wichtige und entscheidende Rolle spielt hierbei das Projekt „Lebensraum Schule“ welches Schule und Betreuung miteinander verbinden soll.

Für die CVP ist es aber ebenso wichtig, dass die Instrumente und Parameter welche dem heutigen System hinterlegt wurden, periodisch auf ihre Wirksamkeit und Richtigkeit überprüft werden. Dieses kritische Hinterfragen hat mit allen Beteiligten zu erfolgen und es sollen dabei auch neue und in der Stadt Zürich vielleicht noch unbekannte Möglichkeiten vorbehaltlos in Erwägung gezogen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es aber aus unserer Sicht nicht optimal, strategisch neue Richtungen einzuschlagen. Aus diesem Grund wird die CVP verschiedene Motionen welche anlässlich der heutigen Debatte behandelt werden, überzeugt als Postulate unterstützen. Nur so bleiben sämtliche Lösungswege für die Zukunft offen.

2553. 2012/151

**Erklärung der AL-Fraktion vom 04.04.2012:
Kinderbetreuung**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Kinderbetreuung ist kein Kinderspiel

Vor dem Rathaus protestiert das Hortpersonal der Stadt gegen die Qualitätsverschlechterung in der ausser-schulischen Betreuung. Drinnen sitzt ein Gemeinderat, der Vorstösse abarbeiten will, die alle einmal in der Aufregung eines Ereignisses eingereicht wurden.

Wer mit etwas Abstand auf dieses Szenario blickt, wird nicht um die Feststellung herumkommen, dass die Herausforderungen, vor denen wir sieben Jahre nach der Annahme des neuen Volksschulgesetzes und von „Kinderbetreuung konkret“ stehen, in der gemeinderätlichen Diskussion nur indirekt – und zum Teil auch völlig verquer – thematisiert werden. In einem Punkt sind wir uns aber grossmehrheitlich wohl einig: Der Bedarf nach Kinderbetreuung ist enorm, nicht nur aufgrund der wieder gestiegenen Geburtenraten, sondern vor allem, weil Eltern arbeiten müssen und ihre Kleinen auch in der Zeit möglichst liebevoll umsorgt und gefördert wissen möchten.

In den nächsten Jahren erwarten uns folgende Herausforderungen:

- In den städtischen Horten ist die Zahl der Plätze seit 2005 von 5000 auf über 8000 erhöht worden. Den nächsten Ausbauschritt, eine Verdoppelung der Zahl der Hortplätze wird notwendig sein, will der Stadtrat jedoch nur mit einem einschneidenden Umbau – die Leute vom Fach reden von einem Abbau – realisieren.

- In den letzten sieben Jahren ist das Angebot in den grossmehrheitlich privaten Krippen deutlich ausgebaut worden. Doch: Nur die Hälfte der heute zur Verfügung stehenden 6000 Plätze können dank städtischen Subventionen den Eltern zu tragbaren Bedingungen angeboten werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Deckungsbeiträge, die die Stadt für diese „subventionierten“ Plätze bezahlt, nicht kostendeckend sind, und deshalb in vielen privaten Krippen die unsubventionierten die subventionierten Plätze querfinanzieren.
- Es gibt zwar keine konsolidierten Zahlen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass für die Umsetzung des Auftrags von „Kinderbetreuung konkret“ in den nächsten Jahren die städtischen Aufwendungen für Krippen von heute 60 auf rund 90 Millionen und die städtischen Aufwendungen für Horte von heute 100 auf über 200 Millionen Franken erhöht werden müssen.

In der Pressemitteilung nach der Abstimmung vom 5. Juni 2005 schreibt der Stadtrat: „Ziel ist ein bedarfs- und lebensraumorientiertes, flexibles und altersdurchlässiges Betreuungsangebot in guter Qualität, das koordiniert, vernetzt und finanzierbar ist und auch die Eigeninitiative von Privaten fördert.“ Es war damals schon klar, dass dieses Ziel nur mit einem erheblichen Mittelaufwand erreicht werden kann.

Heute diskutieren wir jedoch nicht, wie wir die Mittel bereitstellen können, um das Betreuungsangebot ohne eine Nivellierung der Qualität nach unten bereitzustellen. Wir streiten nur um die Frage, mit welchen kleineren und grösseren Umbaumassnahmen – oder ehrlicher: Abbaumassnahmen – wir das Ausgabenwachstum eindämmen können. Vielmehr wäre die Grundsatzfrage zu stellen, wieviel uns Kinderbetreuung wert ist, welche gesellschaftlichen Aufgaben diese wahrnehmen soll, was Fremdbetreuung leisten soll. Basierend darauf ist die Abwägung vorzunehmen, ob und wie die Stadt dies finanziert.

Der AL ist mehr als bewusst, dass die Beträge, die die Stadt für die Umsetzung von Kinderbetreuung konkret aufzubringen hat, erheblich sind und ist auch gerne bereit, über die Kosten pro Betreuungsplatz zu diskutieren. In Diskussionen über die Reduktion von Aufwendungen müssen aber Sparpotential und Qualitätsstandards seriös gegeneinander abgewogen werden. Kinder sind weder eine Ware mit verhandelbarem Preis, noch Maschinen, die auf mehr Effizienz getunt werden können. Ideen wie die FDP-Halbtageschule mit integrierter Sandwichpause halten wir schlicht für ein Armutszeugnis. Wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, kann die Stadt die finanziellen Mittel freischaufeln, um den Auftrag aus der Volksabstimmung ohne Qualitätseinbussen umzusetzen. Das ist das Signal, das der Gemeinderat dem Stadtrat heute geben muss.

Persönliche Erklärungen:

Gerhard Bosshard (EVP) hält namens der EVP-Parlamentsgruppe eine persönliche Erklärung zum Thema Kinderbetreuung.

Christoph Spiess (SD) hält namens der SD-Parlamentsgruppe eine persönliche Erklärung zum Thema Kinderbetreuung.

2554. 2010/317

Motion von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 14.07.2010:

Einführung von Betreuungsgutscheinen für Krippen- und Hortplätze, Änderung der Gemeindeordnung

Ausstand: Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Martin Mächler (EVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 357/2010): Es geht um einen Systemwechsel der Kleinkinderbetreuung. Das heutige System mit subventionierten Krippenplätzen weist Schwächen auf: Mit Ausnahme der sehr gut verdienenden Eltern haben praktisch alle Anspruch auf eine solche dem Lohn entsprechend abgestufte Subvention. Dabei spielt die Anzahl Kinder leider keine Rolle. Je nach Wohnquartier und Vitamin B bekommt man einen Krippenplatz oder nicht. Dieses System führt zu Ungleichbehandlungen. Der Kostensatz, den jede Krippe pro Krippenplatz erhält, deckt die Kosten nicht. Für viele Krippen ist es deshalb längst nicht mehr attrak-

tiv, subventionierte Plätze anzubieten. Als Folge davon werden vollzahlende Eltern denjenigen, die Subventionen erhalten, vorgezogen. Es gibt sehr attraktive und begehrte Krippen, die, um funktionieren zu können, keine subventionierten Plätze anbieten. Bei den städtischen Krippen verhält es sich anders. Diesen bezahlt die Stadt das Gebäude, und die Krippen können höhere Löhne zahlen. Die Stadt möchte die Gewalt über die Krippen an sich ziehen. Für die Eltern würde es nur noch einen Verhandlungspartner und keine verschiedenen Angebote mehr geben. Die Schule würde dadurch bis auf die Stufe Kleinkind ausgebaut werden. Wollen wir das wirklich? Das in der Motion geforderte System mit Betreuungsgutscheinen ist gerechter als das bisherige System. Statt Krippen zu subventionieren, werden die Kinder subventioniert, indem die Eltern einen lohnabhängigen Betreuungsgutschein pro Kind erhalten. Klar, ein Systemwechsel bedeutet Arbeit und eine Übergangsfrist, würde sich aber auf jeden Fall lohnen. Es sollen genug bezahlbare Krippenplätze für alle Eltern vorhanden sein. Es soll eine Gleichbehandlung stattfinden unter Einbezug der sozial Benachteiligten. Der Wettbewerb unter den privaten Krippen soll spielen. Die Qualität im Krippen- und Betreuungsbereich würde steigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Der Stadtrat lehnt die Motion ab. Keine andere Stadt in der Schweiz hat ein besseres Angebot für die breite Bevölkerung als Zürich. Indem wir die Motion ablehnen, kommen wir unserem Auftrag nach. Von einer Verstaatlichung des Angebots kann nicht die Rede sein. 95 Prozent des Angebots sind privat, und wir haben nicht die Absicht, daran etwas zu ändern. Wir betreiben die städtischen Krippen nur noch, damit wir wissen, was es heisst, eine Krippe zu betreiben. Wir bilden viele Personen aus und treiben die Innovation und Entwicklung voran, um sie den Privaten zur Verfügung zu stellen. Die meisten privaten Krippen können mit unseren Kostenansätzen sehr gut leben. Das System ermöglicht uns auch, Rücksicht auf den Ausbildungsstand und das Alter des Personals zu nehmen. Die Betreuungsquote in der Stadt Zürich beträgt 54 Prozent. In Luzern, wo Betreuungsgutscheine verteilt werden, liegt die Quote bei knapp 34 Prozent. In Luzern kann keine quartierbezogene Betreuung gewährleistet werden, bei uns schon. Es ist uns wichtig, die Kinder im Wohnumfeld betreuen zu können. Gutscheine würden übrigens nicht mehr Geld bedeuten. Die Stadt Zürich ist im Moment mit über 57 Mio. Franken engagiert. Der Gemeinderat kann jährlich Einfluss nehmen auf die Subventionierung. Eine Einflussnahme wäre unter dem Betreuungsgutschein-System nur noch pauschal möglich. Ein Systemwechsel wäre zudem mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden. Fakt ist, unser Angebot hat sich sehr bewährt. Wir sind aber bereit, Klagen und Reklamationen zu prüfen, um uns verbessern zu können, und würden die Motion deshalb als Postulat entgegennehmen.*

Marcel Savarioud (SP) *stellt folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Einführung von Betreuungsgutscheinen vorsieht für Eltern, die einen Krippenplatz für ihre Kinder brauchen, oder andere Vereinfachungen für die Subventionierung vorsieht, welche es den Kitas erlauben, genügend subventionierte Plätze für den jeweiligen lokalen Bedarf anzubieten. Die Höhe des Beitrags hängt vom Einkommen und Arbeitspensum ab.» Das heutige System mit Kontaktverhandlungen ist aufwendig und belastet die Kitas administrativ. Eine Vereinfachung könnte zu einer Entlastung führen. Wir sind bereit, das System dahingehend zu optimieren, dass genügend Anreize für zusätzliche subventionierte Plätze für alle, die darauf Anspruch hätten, bestehen. Sollte die EVP nicht bereit sein, die Motion in ein Postulat mit genannter Textänderung umzuwandeln, wird die SP die Motion aus folgenden Gründen ablehnen: Das heutige System funktioniert grundsätzlich gut. Die Frage, ob jedes Kind einen Krippenplatz erhält, ist keine Frage des Systems, sondern eine Frage des Geldes. Nach Aussagen des Sozialdepartements haben heute*

700 anspruchsberechtigte Kinder noch keinen subventionierten Platz. Um diese Plätze subventionieren zu können, wäre entweder mehr Geld oder aber eine andere Verteilung der Subventionen nötig. Wir sind bereit, das benötigte Geld zu sprechen. Entsprechende Erhöhungen sind im Finanzplan vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, dass in drei, vier Jahren das Angebot der Nachfrage entspricht. Ein Systemwechsel hin zu Betreuungsgutscheinen würde den Ausbau der Betreuungsplätze behindern; statt mit dem Ausbau müsste sich die Verwaltung mit dem Wechsel beschäftigen. Da die Nachfrage das Angebot an Betreuungsplätzen deutlich übersteigt, würden die Preise nach oben schnellen. Unter dem System mit den Betreuungsgutscheinen könnten die Kindertagesstätten ihre Preise selber bestimmen, was unweigerlich dazu führen würde, dass es für sie attraktiver wäre, in gut betuchten, statt in einkommensschwachen, Quartieren eine Kita zu eröffnen. Die Verwaltungskosten des Zürcher Modells sind etwa 1/6 günstiger als die des Luzerner Modells. Da in Luzern kein Finanzfluss von der Stadt zu den Kitas existiert, gestaltet sich die Kontrolle der Qualität schwieriger und aufwendiger.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Begriffe wie Frühförderung und Frühsozialisierung von Kleinkindern müssen immer öfter als Alibi hinhalten für die Selbstverwirklichung der Eltern. Diese wollen auf nichts verzichten und nehmen in Kauf, dass ihre Kinder häufig erkältet oder sogar verletzt aus der Krippe nach Hause kommen. Dabei hätten die Kinder ihre Eltern in den ersten paar Lebensjahren am nötigsten. Für die Eltern, die offenbar mehrheitlich Erziehungsversager sind, sollen jetzt Erziehungsgutschriften für eine Betreuungsanstalt geschaffen werden. Schlimm ist die Geringschätzung von Müttern, die ihre Kinder selber erziehen und betreuen möchten. Wer wehrt und engagiert sich in Zürich für all jene Familien, die unter Umständen zwangsläufig einen Einverdienerhaushalt führen und mit ihren Steuern die Kita- und Krippenbenützer mitfinanzieren müssen? Wer sorgt dafür, dass diese Familien in ähnlichem Ausmass entschädigt werden, in dem Doppelverdiener von Krippen, Horten usw. profitieren? Wer lässt Müttern mit Eigenverantwortung einen fairen Ersatz zukommen für die Jahre, in denen sie nicht berufstätig sein können und bei der AHV und Pensionskasse erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müssen? Wo bleibt die Gleichbehandlung der Familien? Kinderzulagen erhalten zwar alle, Subventionen aber nur die einen. Es ist nicht fair, dass Eltern, die ihre Kinder selber erziehen, bei den Steuern keine Betreuungskosten abziehen können, während die subventionierten Familien ihre ganzen Fremdkosten in Abzug bringen. Die SVP sagt Nein zur Motion und zum Postulat.

Alecs Recher (AL): Die Gemeindeordnung ist der falsche Ort, um das System der Betreuungsgutscheine festzuschreiben. Zudem ist es fraglich, ob die Betreuungsgutscheine das allein selig machende Mittel sind. Am Schluss kommt es nämlich auf die Höhe der Subventionierung an und nicht auf das System. Das Anliegen der SP, wonach jedes Kind einen subventionierten Platz in der Nähe des Wohnorts oder vielleicht beim Bahnhof oder in der Nähe des Arbeitsorts der Eltern, bekommen soll, unterstütze ich voll und ganz. Mit dem parlamentarischen Vorgehen der SP bin ich aber nicht einverstanden. Auch führt das Postulat mit der Textänderung letztlich zu einer Carte Blanche für den Stadtrat. Deshalb erhält das Postulat, sofern es angenommen wird, von der AL eine symbolische Stimme. Mehr sind uns die Vorschläge nicht wert.

Andreas Hauri (GLP): Die GLP setzt sich dafür ein, dass subventionsberechtigte Familien rasch und unkompliziert einen Betreuungsplatz bekommen. Es fehlen aber nach wie vor Betreuungsplätze. Trotz der Bemühungen des Stadtrats hinkt das Angebot der Nachfrage hinterher. Nur mit einem Wechsel zur Subjektfinanzierung und damit zu den Betreuungsgutscheinen kann das Ziel rasch und auf marktwirtschaftlicher Ebene erreicht und realisiert werden. Subventionsberechtigte kommen oft aus bildungsschwa-

chen Familien; es gilt, dort in die notwendige Betreuung zu investieren. Das Beispiel Luzern beweist, dass dieses System funktioniert – Zürich kann von diesen Erfahrungen nur profitieren. Die Grünliberalen wünschen sich heute mutige Entscheide zugunsten unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Wir würden den Vorstoss gern als Motion überweisen, werden aber, falls nötig, auch die Kompromisslösung in Form eines Postulats unterstützen.

Christina Hug (Grüne): Uns ist der Vorstoss sympathisch, weil wir uns daran stören, dass Krippen nach wie vor Kinder nicht aufnehmen können aufgrund fehlender subventionierter Plätze. Dies führt zu einer Benachteiligung von Familien, die auf subventionierte Betreuungsplätze angewiesen sind. Sowohl subventionierte als auch andere Betreuungsplätze müssen so schnell wie möglich in genügender Zahl vorhanden sein, und zwar dort, wo die entsprechenden Kinder sind. Allerdings sind wir nicht sicher, ob es dafür eine Umstellung des ganzen Subventionierungssystems und eine Änderung der Gemeindeordnung braucht. Wir finden, die Verwaltung kann selber entscheiden, mit welchen Mitteln sie die Probleme lösen will. Deshalb stimmt die Grüne-Fraktion dem Postulat mit der Textänderung zu.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Betreuungsgutscheine sind eine Subventionierung der Nachfrage. Und bei subventionierter Nachfrage muss das Angebot nicht subventioniert werden – es soll vielmehr der Markt spielen. Demnach müssten die vielen Vorschriften für Private, die Investitionen behindern, abgebaut werden. Im System der Betreuungsgutscheine würde die Qualitätskontrolle durch mündige, eigenverantwortliche Familien erfolgen. Indem die SP die staatliche Planung verteidigt, traut sie den Familien diese Kontrolle nicht zu. Würde die EVP die Textänderung annehmen, wäre der ganze Vorstoss sinnlos. In diesem Fall könnte die FDP dem Postulat nicht zustimmen. Der Motion würden wir hingegen zustimmen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Das System mit den Betreuungsgutscheinen vermag den Engpass an Betreuungsplätzen nicht zu beheben, handelt es sich doch um ein Problem von Angebot und Nachfrage. Die Ungerechtigkeit des aktuellen Systems besteht nur in Bezug auf Angebot und Nachfrage. Deshalb kommt für uns ein Systemwechsel bei der Finanzierung im Moment nicht in Frage. Als Postulat und mit der Textänderung der SP können wir den Vorstoss aber unterstützen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Das Argument des Stadtrats, die Stadt könne die Nachfrage in den Quartieren steuern, wird von der aktuellen Situation widerlegt. Die Eltern entscheiden, wo sie ihre Kinder platzieren. Es geht hier um Angebot und Nachfrage; wenn es an einem Ort zu wenig Krippenplätze gibt, werden dort neue private Krippen entstehen. In Luzern gibt es übrigens achtmal weniger Krippenplätze als in Zürich. Das bedeutet natürlich, dass in Luzern, in einem kleineren System also, die Administrationskosten pro Platz höher ausfallen. Mit dem Postulat und der Textänderung sind wir zwar nicht zufrieden, nehmen sie aber an, da wir den Vorstoss nicht ganz begraben lassen möchten.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage ~~zur Änderung der Gemeindeordnung (Art. 2^{bis}) der Stadt Zürich und der daraus abgeleiteten Verordnung~~ zu unterbreiten, welche die Einführung von Betreuungsgutscheinen vorsieht für Eltern, die einen Krippen- ~~oder Hort~~platz für ihre Kinder brauchen ~~oder andere Vereinfachungen für die Subventionierung vorsieht, welche es den Kitas erlauben, genügend subventionierte Plätze für den jeweiligen lokalen Bedarf anzubieten~~. Die Höhe des Beitrags hängt vom Einkommen und Arbeitspensum ab.

Dr. Martin Mächler (EVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Dr. Martin Mächler (EVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Guido Bergmaier (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2012/152 (statt Motion GR Nr. 2010/317, Umwandlung) wird mit 75 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2555. 2011/500

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 21.12.2011: Finanzielle Entlastung der Eltern, die ihre Kinder nicht ausserfamiliär in subventionierten Tagesstätten betreuen lassen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2143/2011): Statt darüber zu diskutieren, wie noch mehr Kinderbetreuungsstätten eingerichtet werden können, sollten wir uns überlegen, wann und wo die erste Fremdbetreuungsanlage geschlossen und endlich wieder zum normalen, seit vielen Jahrhunderten praktizierten Familienalltag zurückgekehrt werden könnte. Uns ist durchaus bewusst, dass gewisse Familien darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile arbeiten. Für diese Familien sollte die Möglichkeit einer Fremdbetreuung bestehen. Leider benutzen heutzutage vor allem Eltern die Angebote der Betreuungsindustrie, die nicht zwingend darauf angewiesen sind. Es sind dies Eltern, die sich lieber selber verwirklichen, statt sich um das Wohl ihrer Kinder zu kümmern. Es gibt immer weniger Eltern, die sich zugunsten ihres Nachwuchses einschränken und die Verantwortung wahrnehmen, ihr Kind im normalen Umfeld zu erziehen. Mit unserem Postulat wollen wir einen Anreiz schaffen, dass Kinder wieder von den eigenen Eltern erzogen werden können. Heute besteht eine Ungleichbehandlung zwischen selbstbetreuenden Eltern und solchen, die von Fremdbetreuung profitieren. Mit einer gewissen finanziellen Entlastung zugunsten des traditionellen Familienbildes soll diesem Umstand Rechnung getragen werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Der Entscheid zur Fremdbetreuung ist freiwillig. Wer sich dagegen entscheidet, soll nicht von der Stadt unterstützt werden. Es wäre schliesslich auch sehr schwierig, zu kontrollieren, wer seinen Aufgaben tatsächlich nachkommt und eine Subvention verdient. Das Postulat ist abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marina Garzotto (SVP):** Würde dieses Postulat verwirklicht, hätten die Eltern künftig die Wahl zwischen Bargeld und Fremdbetreuung. Die SVP lehnt das Postulat vehement ab. Für mich war es damals keine Frage, meine Stelle als Primarlehrerin aufzugeben, um bei meinen Kindern sein zu können. Nie hätte ich es zugelassen, dass eine andere Frau das Denken meiner Kinder prägt. Natürlich habe ich die Herausforderung und den lebhaften Betrieb der Schule sehr vermisst. Übrigens hätte ich auch nichts dagegen gehabt, weiterhin den Zahltag zu erhalten. Ich wurde aber tausendfach entschädigt durch die Möglichkeit, ganz für meine Kinder da sein zu können. Wer dies nicht versteht, hat entweder keine Kinder oder ist ein elender Materialist. Der Staat sollte nur diejenigen*

Kinder betreuen, die es wirklich nötig haben: Waisenkinder und Kinder von Alleinerziehenden. Ich weiss, dass damit die Zusammensetzung in der Krippe und im Hort nicht ideal durchmischt wäre. Aber was heisst schon ideal? Die Kinder kommen nicht so hilflos auf die Welt, damit der Staat sie grosszieht. Normalerweise haben Kinder Eltern, und in deren Obhut sind sie am glücklichsten.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): *Ausdrücke wie «Kinder abschieben» oder «Kinder abgeben» sind fehl am Platz, denn alle Eltern betreuen ihre Kinder selber. Schliesslich gibt es keine Krippen und Horte, die rund um die Uhr geöffnet wären. Das Postulat fordert, man solle Geld erhalten für eine staatliche Leistung, die man nicht in Anspruch nimmt. Diese Forderung ist einigermassen seltsam. Sollten die Schweizer Demokraten aber einmal einen Vorstoss einreichen, der die Auszahlung von Erziehungsgeld fordert, können wir wieder darüber diskutieren.*

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): *Elternarbeit sollte wirklich nicht staatlich finanziert werden. Sie ist sehr wertvoll, aber unbezahlbar. Und sie wird von allen Eltern gleichermassen geleistet – unabhängig davon, ob sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen oder nicht. Die Unterstützung der Krippen ist dazu da, die Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen. Die Berufstätigkeit der Eltern ist insofern Ausdruck von Familienverantwortung, als beide Eltern die finanzielle Verantwortung tragen möchten. In der heutigen Zeit ist es wichtig, dass beide Elternteile den Fuss in der Berufswelt haben – nicht zuletzt für den Fall, dass ein Elternteil die Arbeitsstelle verliert. Ausserdem ist es kaum noch möglich, für einige Jahre völlig aus dem Berufsleben auszuschneiden und später ohne Weiteres wieder einzusteigen.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Die EVP setzt sich zwar sehr ein für ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter, hat andererseits aber auch Sympathien für die innerfamiliäre Betreuung der Kinder. Die EVP unterstützt dieses Postulat, weil es dem Stadtrat ermöglicht, sich frei über einen Ausgleich Gedanken zu machen.*

Mirella Wepf (SP): *Die SP lehnt den Vorstoss aus verschiedenen Gründen ab, unter anderem aufgrund von Integrationsfragen und weil die Angelegenheit nicht auf Gemeindeebene geregelt werden sollte.*

Alan David Sangines (SP): *Im Rahmen eines Zivildiensteinsatzes durfte ich einmal sechs Monate in einer Kindertagesstätte arbeiten. Dort habe ich gesehen, wie gut es den Kindern geht: Sie sind neugierig, glücklich und zufrieden. Sie lernen voneinander und geniessen es, miteinander zu spielen. Es liegt in der Natur eines Kindes, dass es gern mit Gleichaltrigen spielt. Deshalb würde ich allen Eltern empfehlen, ihre Kinder einen oder zwei Tage pro Woche in die Krippe zu schicken.*

Christoph Spiess (SD): *Offenbar hat in der SVP-Fraktion wieder einmal der Geiz über das Traditionsbewusstsein und den Familiensinn gesiegt. Hier geht es um Rechtsgleichheit: Entweder wird Kinderbetreuung für alle subventioniert, also auch für diejenigen, die sie selber ausüben, oder aber sie wird für niemanden subventioniert. Uns stört nicht, dass Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Uns stört, dass relativ gut situierte Leute ihre Kinder irgendwo parkieren, um nicht den Lebensstandard einschränken zu müssen. Das Postulat verlangt, dass solche Eltern nicht zusätzlich privilegiert werden. Der SP-Fraktion geht es offenbar darum, denjenigen, die ihre Kinder nicht fremdbetreuen lassen wollen, ihr Gesellschaftsmodell aufzuzwingen. Die SP will Kinder in ein Umfeld hineinzwingen, wo sie nicht in ihrer eigenen Kultur aufwachsen können. Kinder finden den Kontakt zu Gleichaltrigen auch ohne den Besuch einer Kindertagesstätte. Bei Kindertagesstätten geht es ohnehin nur um die Eltern und um die Beschäftigung von möglichst vielen Be-*

treuerinnen und Betreuern. Es ist ein natürliches Bedürfnis von Kindern, möglichst viel Zeit im Familienumfeld verbringen zu können. Das Postulat will eine faire Wahlmöglichkeit eröffnen und dadurch einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten.

Roger Liebi (SVP): *Die SVP sieht Kinder nicht als Profitcenter. Fremdbetreuung von Kindern ist vor allem in Skandinavien gang und gäbe. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der ebenso hohen Steuersätze in skandinavischen Ländern sollten wir aber skeptisch sein.*

Irene Bernhard (GLP): *Die Unterstellung, dass Eltern, die ihre Kinder ausserhalb der Familie betreuen lassen, nur auf das Geld aus sind, geht nicht auf. Spätestens ab dem zweiten Kind lohnt sich nämlich die Arbeit des zweiten Elternteils nicht mehr.*

Michael Baumer (FDP): *Es geht nicht darum, einfach das skandinavische Modell zu kopieren, sondern darum, eine bessere Organisation zu erreichen, als wir sie heute haben. Die Jugendarbeitslosigkeit hat nichts mit der Kinderbetreuung zu tun. Sie ist in der Schweiz deshalb so tief, weil wir ein gutes duales Bildungssystem haben, das es zu verteidigen gilt.*

Das Postulat wird mit 6 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2556. 2012/153

Motion der Grüne-Fraktion vom 04.04.2012:

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, Verzicht auf die Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder in den Kindertagesstätten und Horten

Von der Grüne-Fraktion ist am 4. April 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vorzulegen, in der auf Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten und Horten verzichtet wird. Nicht verzichtet werden soll auf die Verpflegungsbeiträge.

Begründung:

Einige Eltern wollen ihre Kinder selber betreuen und das ist auch gut so. Doch andere Mütter und Väter sind auf eine familienexterne Betreuung ihrer Kinder angewiesen, z.B. damit eine Mutter oder ein Vater einer bezahlten Arbeit nachgehen kann, ein Einzelkind die Möglichkeit hat, mit anderen Kindern zu spielen oder ein Kind nichtdeutscher Erstsprache Deutsch lernen kann. Es gibt viele gute Gründe für inner- oder ausserfamiliärer Kinderbetreuung, doch darf es nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein, ob ein Kind eine Kindertagesstätte, einen Hort oder eine Tagesschule besuchen kann.

Obwohl die Betreuungskosten im Hort für mittelständische Eltern sehr hoch sind, decken sie lediglich 20 % der Kosten, wovon allein ca. 8-9 % auf die Verpflegung entfallen. Dazu kommt, dass die Kosten insbesondere für den Mittelstand belastend sind. Mittelständische Eltern sind finanziell belastet durch die steuerlichen Auswirkungen der „Heiratsstrafe“ und kaum entlastet durch den lächerlich tiefen Steuerabzug für Kinder. Auch bei Familien mit sehr kleinem Einkommen, können die Minimalbeiträge (bei voller Betreuung Fr. 182.- pro Monat und Kind) das Familienbudget zu stark belasten.

Für die Stadt ist jede Investition in die Bildung der Kinder und Jugendlichen eine langfristig gute Investition. Bildung muss in diesem Zusammenhang als umfassende Bildung verstanden werden, bei der sowohl die kognitiven wie die nicht-kognitiven Fähigkeiten gefördert werden. Es geht also um alle Fähigkeiten, die den Menschen produktiv machen. Und das ist nicht nur Mathematik oder Französisch, das ist ebenso Verläss-

lichkeit, Hilfsbereitschaft, Selbstdisziplin etc. Dazu leisten die Krippen und Horte – wenn sie ein qualitativ hochstehendes Angebot haben – einen ebenso wichtigen Bildungsbeitrag wie die Eltern und die Schulen. Jedes Kind hat ein individuelles Recht auf Bildung und eine denkende Gesellschaft muss alle Talente nutzen. Deshalb müssen und wollen wir jedes Kind mitnehmen. Kinder lernen nie mehr so schnell und einfach wie in den ersten Lebensjahren. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass man mit Investitionen in gute frühkindliche Bildung spätere sozialpolitische Probleme vermeidet und langfristig eine gute volkswirtschaftliche Rendite erzielt. Der Nobelpreisträger James J. Heckmann von der University of Chicago, spricht sogar von einer geradezu traumhaften Rendite von bis zu 50 Prozent für jeden Franken, der in die frühe Förderung von Kindern investiert wird.

Mitteilung an den Stadtrat

2557. 2012/154

**Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Mirella Wepf (SP) vom 04.04.2012:
Realisierung einer direkten Veloroute von der Eichstrasse (Kehrplatz) zur rechtsseitigen Sihlpromenade Richtung City**

Von Hans Urs von Matt (SP) und Mirella Wepf (SP) ist am 4. April 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie beim Bahnhof Giesshübel eine direkte Veloroute von der Eichstrasse (Kehrplatz) zur rechtsseitigen Sihlpromenade Richtung City respektive Hauptbahnhof geschaffen werden kann.

Begründung:

Im Gebiet um den Bahnhof Giesshübel in Zürich-Wiedikon finden grosse bauliche Veränderungen statt. Auf dem ehemaligen Bahnhofareal entsteht eine grosse Wohnüberbauung (Gleis 3). Der Bahnhof Giesshübel wird neu gestaltet. Im Gefolge dieser Umbauprojekte soll, gemäss der aktuellen Planung für die Manessestrasse im Abschnitt von der Utobrücke bis Nr. 148, die Gelegenheit ergriffen werden, eine grosse Lücke im Fuss- und Radwegnetz zwischen dem Friesenberg und der City/Hauptbahnhof zu schliessen.

Die geplante Nord-/Süd-Verbindung auf der Manessestrasse – im speziellen die Unterführung zwischen dem Ende der Eichstrasse und dem Bahnhof Giesshübel - ist unbestreitbar eine grosse Verbesserung im Velowegnetz. Darüber hinaus soll aber südöstlich der bestehenden Eisenbahnbrücke auch eine neue Velobrücke über die Manessestrasse erstellt werden. Das fragliche Projekt steht im Stadium der Planaufgabe. Die geplante Linienführung ist für die Velofahrenden aus dem Friesenberg- resp. Binzquartier jedoch sehr umständlich. Wie bis anhin soll die Eisenbahnbrücke über die Manessestrasse resp. die Sihl zwei Mal unterquert werden müssen. Es ist zu bezweifeln, dass die geplante Linienführung von den Velofahrenden akzeptiert wird, da sich direktere aber illegale Alternativen anbieten.

Die hier vorgeschlagene Variante ist für die Velofahrenden nicht nur viel attraktiver, sondern auch um einiges kostengünstiger: beim Wendeplatz am Ende der Eichstrasse soll eine Rampe/Steg zum und entlang des Wiedikergleis der SZU führen. Dann soll der Weg über einen bewachten Bahnübergang (analog dem Bahnübergang Döltschweg zwischen der Haltestelle Schweighof und Triemli) über das Verbindungsgleis (zum SBB-Netz/Bahnhof Wiedikon) führen um die paar wenigen Güterzüge und Rangierfahrten pro Tag gefahrlos passieren zu lassen. Anschliessend soll der Weg entlang des bestehenden (verbreiterten) Fussweges resp. den Geleisen über die Sihl zur rechtsufrigen Sihlpromenade Richtung Hauptbahnhof führen. Diese Linienführung bringt für Radfahrende grosse Vorteile und kann kostengünstig erstellt werden.

Die Stadt Zürich will gemäss ihrer Mobilitätsstrategie den Veloanteil auf den Zürchern Strassen steigern. Dazu braucht es - insbesondere auch in neu entstehenden Quartieren - ein attraktives und sicheres Verkehrsnetz. Dafür ist ein neuer Steg über die Manessestrasse bestens geeignet.

Mitteilung an den Stadtrat

2558. 2012/155

**Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Peter Küng (SP) vom 04.04.2012:
Quartiernahe Nutzung des Kasernenareals**

Von Patrick Hadi Huber (SP) und Peter Küng (SP) ist am 4. April 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Nach dem positiven Entscheid des Kantonsrates zur Realisierung des Polizei- und Justizzentrums wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie er eine quatiernahe Nutzung des Kasernenareals gewährleisten kann. Dabei sind insbesondere ein allenfalls möglicher Erwerb des Grundstücks durch die Stadt und dessen Folgen abzuklären. Des Weiteren sind die städtische Zielsetzung darzulegen und der Einbezug des Quartiers zu gewährleisten.

Begründung:

Nach dem positiven Bauentscheid des Stimmvolkes von September 2011 vollzog der Kantonsrat am 26. März 2012 den Volkswillen für den Bau des PJZ. Damit stellt sich nach jahrzehntelanger Debatte die Frage nach der zukünftigen Nutzung des Kasernenareals. In einem zweimaligen Abstimmungskampf erlangte das Projekt PJZ die Unterstützung breiter Kreise im Kanton und in der Stadt nicht zuletzt wegen der Versprechen einer Öffnung des Areals für die Bevölkerung. Nun gilt es endlich, die Forderungen und Wünsche des Quartiers und der Stadt zu klären und diese gegenüber dem Kanton einzubringen.

Der Stadtrat hat an einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Regierungsrat bereits entsprechende Signale gesetzt. Nun ist dafür zu sorgen, dass ein breit abgestützter Mitwirkungsprozess eingeleitet wird, um das Gelände langfristig für die Bevölkerung nutzbar zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

- 2559. 2011/504**
Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP) und Hans Jörg Käppeli (SP) vom 21.12.2011:
Erschliessungsstrategie der ETH Hönggerberg mit den Buslinien 69 und 80

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 358 vom 21. März 2012).

- 2560. 2011/506**
Schriftliche Anfrage von Simon Kälin (Grüne) vom 21.12.2011:
Klimaschutzmassnahmen auf lokaler Ebene

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 356 vom 21. März 2012).

- 2561. 2011/441**
Weisung vom 30.11.2011:
Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Beiträge 2012 bis 2015

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 8. Februar 2012 ist am 15. März 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. April 2012.

Nächste Sitzung: 4. April 2012, 20.30 Uhr.